

Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.)

Article — Digitized Version

Reaktionen auf Eisenhowers Europapolitik

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.) (1953) : Reaktionen auf Eisenhowers Europapolitik, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 33, Iss. 3, pp. 139-143

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/131680>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Reaktionen auf Eisenhowers Europapolitik

Paris: Überspitztes Selbstbewußtsein

Paris, den 13. 3. 1953

In den letzten Jahren nahm Frankreich oft und mitunter etwas leichtfertig den Weg nach der amerikanischen Kasse. Es ergab sich daraus eine Abhängigkeit, die sich weniger nach außen hin als hinter den Kulissen fühlbar machte und diejenige der anderen europäischen Länder, von wenigen Ausnahmen abgesehen, in ihren praktischen Auswirkungen zweifellos überstieg. Mit dem Regierungswechsel in Washington macht sich nun in verschiedenen französischen Kreisen als Reaktion darauf eine starke Empfindlichkeit bemerkbar. Es besteht das Gefühl, daß man mit der demokratischen Verwaltung trotz gewisser Schwierigkeiten einigermaßen noch mit Gentlemen-Manieren auskam, während seit der Wahl Eisenhowers die amerikanische Hilfe gesellschaftlich gesehen um einige Stufen auf das Niveau der berechnenden Krämer absank, womit zweifellos der Weg zur Kasse erheblich peinlicher wird.

Man weiß allerdings in Paris sehr gut, daß man sich aus verschiedenen Gründen einen Verzicht auf die amerikanische Hilfe nicht leisten kann, es sei denn, man wäre gewillt, eine sozialpolitisch bedenkliche und allgemein sehr opferreiche austerität in Kauf zu nehmen. Um der vermuteten neuen amerikanischen Methode nicht hilflos gegenüber zu stehen, flüchtet man sich daher in ein überspitztes nationales Selbstbewußtsein. Schon lange nicht mehr war in französischen Kreisen so viel von Weltmachtstellung, Mitspracherecht, geschichtlicher Mission, Anrecht auf nationalen Stolz usw. die Rede wie in den letzten Monaten. Realistische Franzosen halten das zulässige Maß bereits für überschritten und empfehlen mehr Zu-

rückhaltung, um das Mißverhältnis zwischen den politisch-psychologischen französischen Ansprüchen und dem internationalen Kräfteverhältnis nicht kraß in Erscheinung treten zu lassen.

Der amerikanische Druck in Richtung der europäischen Einheit ist zahlreichen Anhängern der europäischen Idee an sich nicht unerwünscht. Man sieht darin eine Möglichkeit, Zweifler und Unentschlossene, die das Zünglein an der Waage bilden, im europäischen Sinne zu beeinflussen. Die Mehrheit der französischen Parlamentarier hat keine feste außenpolitische Überzeugung. Wenn sie in der Europapolitik zögern, so hauptsächlich aus Scheu vor der Verantwortung für ein unbestreitbares Wagnis ihren Wählern gegenüber. Stehen sie dank dieses amerikanischen Drucks vor einem unausweichlichen Entweder — Oder, kann mit ihrer mehrheitlichen Unterstützung für die europäische Entwicklung gerechnet werden. Dieser amerikanische Druck zugunsten Europas darf allerdings auf keinen Fall offen in Erscheinung treten. Wird er der öffentlichen Meinung bekannt, löst er bei den gegebenen psychologischen Voraussetzungen unweigerlich eine Gegenströmung aus, die geeignet sein könnte, alle europäischen Pläne bis auf weiteres wegzuschwemmen. Das Spiel der französischen Diplomatie ist es nun, den amerikanischen Partner in die politischen Kulissen zu lenken und ihn daran zu hindern, mit allzu großer Offenheit in Erscheinung zu treten.

Sowohl gegenüber dem wirtschaftlichen wie gegenüber dem politischen Druck Washingtons verfügt Paris bis auf weiteres über eine ausgezeichnete Ausweichmöglichkeit, nämlich Indochina. Die französischen Leistungen in Ost-

asien übertreffen verhältnismäßig die amerikanischen Opfer in Korea, was von der republikanischen Verwaltung leichter anerkannt wird als von ihrer demokratischen Vorgängerin. Erst wenn sich die USA. tatsächlich und in ausreichendem Maße finanziell an der indochinesischen Last Frankreichs beteiligen und damit innerhalb Europas die Gleichheit zwischen Frankreich und seinen Partnern wieder herstellen, vermag ihr Druck auf die französische Regierung im Hinblick auf die europäische Einheit wirkungsvoll zu werden. Die Entwicklung bewegt sich in dieser Richtung, was übrigens einige französische Beobachter bereits zu der Feststellung veranlaßte, daß bei zunehmender amerikanischer Hilfe in Indochina Paris mehr denn je seine politische Bewegungsfreiheit einbüße.

Aus entgegengesetzten Gründen ist Paris über die Reaktionen Bonns und Londons gegenüber der amerikanischen Politik gleich unzufrieden. Bonn wirft man zu große Unterwürfigkeit gegenüber den USA. vor und sieht darin ein bedenkliches Zeichen für die gewollte Anbahnung einer deutsch-amerikanischen Allianz in möglicher Sprengung des noch schwachen und nur mühsam zusammengestellten europäischen Rahmens. Bei größerer Zurückhaltung der deutschen Politik gegenüber den amerikanischen Wünschen hätte Frankreich das Gefühl, in Zukunft einigermaßen mit der europäischen Solidarität der Bundesregierung rechnen zu dürfen. Für Paris — und darüber besteht allgemein Übereinstimmung — ist die europäische Konstruktion nicht nur ein Schutzinstrument gegenüber der Gefahr aus dem Osten, sondern auch eine Gewähr für eine größere europäische Unabhängigkeit gegenüber den USA.

Die betonte britische Selbständigkeit im Verkehr mit Washington ist für Paris allerdings eine weitere Quelle des Unbehagens. Man befürchtet den klassischen britischen Egoismus und vermutet die Absicht Londons, sich bei den Verhandlungen mit den USA. sehr wenig um die europäischen Belange zu kümmern. Frankreich möchte gerne irgend-

wie aus der europäischen Masse herausragen und neben Großbritannien von den USA. als kleinerer Dritter im Bunde anerkannt werden. In der britischen Sonderpolitik sieht man den Versuch, das Trio in ein Duo zu verwandeln und Frankreich unweigerlich dem ihm vorläufig noch unangenehmen europäischen tête-à-tête mit Deutschland zu überlassen. (fr.)

Italien: Vorbehaltlos positive Stellungnahme

Rom, den 12. 3. 53

Die Stellungnahme Italiens zu den westeuropäischen Gemeinschaftsproblemen war von dem Augenblick an, da sie in das Stadium der Lösung eines konkreten Programmes traten, im wesentlichen gegeben. Man kann sie im Grundsätzlichen als vorbehaltlos positiv bezeichnen. Italien blickt auf eine verhältnismäßig kurze Zeit, auf nicht viel mehr als acht Jahrzehnte, seines Staatsgebildes zurück und ist daher durch seine Vergangenheit weniger belastet als die anderen Partnernationen der zu schaffenden europäischen Union. Es ist eine Republik von gestern, in der der Souveränitätsgedanke noch nicht zum tragenden Faktor der Staatsidee geworden ist. Das italienische Volk steht in seiner weit überwiegenden Mehrzahl der nationalistischen Ideologie gleichgültig und zumeist auch ablehnend gegenüber. Selbst die betont national gesinnten Kreise beharren im politischen Bereich nicht auf militanter Exklusivität.

Von dem Tag an, da Italien die Einschaltung in die internationale Politik ermöglicht wurde, hatte es — was sicherlich kein Zufall war — den „Paneuropäer“ Graf Sforza, seinerzeit Mitarbeiter an den Projekten und Illusionen Briands, zum Außenminister, und De Gasperi, der seine politische Laufbahn in der Atmosphäre der Völkergemeinschaft des Habsburgerreiches angetreten hat, blieb seinerseits der Zielrichtung des Außenministers seiner aufeinanderfolgenden Kabinette verbunden und übernahm nach Sforzas Tod dessen Portefeuille. Nicht weniger als im politischen hat Italien sich auch im wirtschaftlichen Bereich auf den euro-

päischen Zusammenschluß eingestellt. Der Mangel an eigenen Rohstoffen, der die Auslandsabhängigkeit besonders fühlbar macht, ließ ebenso wie das Angewiesensein auf die Aufnahmebereitschaft anderer Länder für den Überschuß an Arbeitskräften und an Produkten lebenswichtiger Zweige der Landwirtschaft die Aussicht auf Schaffung eines großen, in sich frei kommunizierenden Marktes als eine Befreiung aus der Enge erscheinen. In den italienischen Wirtschaftskreisen, nicht zuletzt auch in der Industrie griff man gegenüber den in manchen Kreisen zur Debatte gestellten Bedenken und Besorgnissen das Argument der Regierung auf, daß durch das Zustandekommen eines Wirtschaftsraumes, der hinsichtlich Menschenzahl, Bedarf und Verbrauch um vieles größer als jener der USA. wäre, die temporären Ausfälle bald von den dauerhaften Vorteilen aufgewogen würden.

Diese Tatbestände und psychologischen Momente, die Italien gestatten, den anderweitig auftretenden Hemmungen ein unbedingtes Bekenntnis zur Europaunion entgegenzustellen, können nicht außer Betracht bleiben, wenn man dieses Streben nach Beseitigung der Grenzen (nacherade mit einem Einschlag von Verzicht auf Eigenstaatlichkeit) als das Grundmotiv der italienischen Außenpolitik beurteilen will. Zu Unrecht wirft die inländische Kritik, die den Standpunkt vertritt, Italien hätte für seine Bereitwilligkeit weitergehende Konzessionen von Amerika einhandeln können; De Gasperi wie früher Sforza einen „verdienstvoll bescheidenen Idealismus“ vor, der in Wirklichkeit der äußere Aspekt eines realpolitischen Kon-

zeptes ist. Nach der italienischen Auffassung ist die Wirtschaftsgemeinschaft der bedeutsame und entscheidende Faktor. Diese Wirtschaftsgemeinschaft könne ohne politische Gemeinschaft jedoch nicht bestehen, so daß diese beiden Gemeinschaften sich gegenseitig bedingen. Die europäische Verteidigungsgemeinschaft setzt nach ihrem Gefüge politische und auf Grund ihres Ausrüstungs- und Ergänzungsbedarfes wirtschaftliche Bindungen voraus. Das Programm muß als solches von vornherein unabänderlich festgelegt werden, wenn auch die Phasen seiner Realisierung dann in ihrer zeitlichen Aufeinanderfolge den Möglichkeiten und den Kriterien der Zweckmäßigkeit angepaßt werden können.

In großen Zügen deckt sich die italienische mit der amerikanischen Ansicht. Die in der Botschaft Eisenhower an den Kongreß enthaltene Aufforderung, die europäische Einigung nachdrücklich zu betreiben, hat in Italien ebenso wie die deutlichere Sprache, die man in den westeuropäischen Hauptstädten von Foster Dulles zu hören bekam, eine ungewöhnlich eindeutige Zustimmung gefunden. Man stellt den Nachdruck, den Amerika jederzeit seinen Direktiven geben kann, in Rechnung und verläßt sich darauf, daß im Notfall dieser Druck einsetzen wird. Selbst im Falle eines Nachlassens der kommunistischen Bedrohung — als hypothetische Auswirkung von Stalins Tod — würde die europäische Union auf der Linie der amerikanischen Weltpolitik bleiben. Die Widerstände Frankreichs stellen heute das Haupthindernis dar. In Italien will man in diesen Widerständen nicht so sehr den Effekt chauvinistischer Strömungen oder der Ressentiments gegen Deutschland als einen Niederschlag der französischen Vorherrschaftsansprüche im Bereich der Kontinentalpolitik und der Tendenzen zur wirtschaftspolitischen Autonomie erblicken. Die wirtschaftlichen Notwendigkeiten Westeuropas werden jedoch auch für Frankreich den Ausschlag geben.

In Italien erblickt man in der grundsätzlichen Annahme des holländischen Zollabbauantrages das wichtigste Resultat der römischen

Außenministerkonferenz, bei der andererseits auch eine erhöhte Verständigungsbereitschaft aller Teile festzustellen war. Schon vor Beginn der Konferenz hat sich Italien (nach den zweitägigen Besprechungen zwischen De Gasperi und Bayen) dem Zollunionplan angeschlossen. Daß die Marktgemeinschaft nicht sektorenweise (durch pools), sondern einheitlich („global“) erzielt werden soll, entspricht der von der italienischen Wirtschaft vertretenen These. Mit fort-

schreitender Liberalisierung des Warenverkehrs unter gleichzeitiger Abtragung des Zollgefälles würde man jedoch bloß die Vorbedingungen des gemeinsamen Marktes schaffen, der funktionell erst gegeben wäre, wenn die anderen Voraussetzungen (freier Zahlungsverkehr, einheitliches Zahlungsmittel oder für die Übergangszeit festgelegte Wechselkurse, Angleichung der Produktionssteuern und der Soziallasten, der Handelsgesetze etc.) erfüllt wären. (Cr.)

Weltbank, kommen kann. Wenn Washington zur Förderung des Welthandels an amerikanische Investitionen in den Kolonialgebieten und an verstärkte offshore-Käufe in Europa denkt, so weist man in London darauf hin, daß die Fortentwicklung von Industrie und Landwirtschaft in Großbritannien selbst für das Sterling-Gebiet nicht weniger wichtig ist als die Erschließung neuer Produktionsreserven in rückständigen Überseegebieten, wie überhaupt London auch in politischer Hinsicht Europa den Vorrang vor Süd- und Ostasien einräumt. Wären die amerikanischen Waren- und Kapitalmärkte dem kredit- und absatzsuchenden Ausland so bereitwillig geöffnet wie der englische Markt vor den beiden Weltkriegen, als Großbritannien die jetzt den USA. zufallende Funktion des Weltbankiers ausübte, so bedürfte es keiner besonderen Hilfsaktionen.

London: Um die Konvertibilität des Sterling

London, den 12. 3. 53

Man hat es in London als einen Erfolg notiert daß nach Premierminister Churchills kurzer Visite auch Außenminister Eden und Schatzkanzler Butler nach Washington eingeladen wurden. Zwar betont man auf beiden Seiten, insbesondere in Amerika, daß der Besuch sowohl auf der politischen als auch auf der wirtschaftlichen Ebene informativen Zwecken diene, daß keinerlei Entscheidungen gefällt werden sollten und daß die neuen Männer in Washington nur die Vorschläge der britischen Commonwealth-Konferenz aus erster Hand hören wollten, aber der Wert solcher informativer Fühlungnahme bevor die Eisenhower-Regierung Zeit gehabt hat, ihre Politik zu formulieren, liegt auf der Hand. Deshalb die Londoner Initiative zu einer Aussprache.

Was man bisher von Präsident Eisenhowers Wirtschafts- und Handelspolitik gehört hat, gilt in England als einigermaßen ermutigend, wenigstens für einen republikanischen Präsidenten. Sie hat jedenfalls mehr Anklang gefunden als die für die Diplomaten im Foreign Office reichlich brüskten, wenn nicht sogar riskanten außenpolitischen Aktionen des State Department, und da die beiden Regie-

rungen grundsätzlich an größerer handels- und währungstechnischer Freizügigkeit gleichermaßen interessiert sind, sollte es nach englischer Auffassung nicht unmöglich sein, zu einem Einverständnis über die große Linie der westlichen Wirtschaftspolitik zu gelangen.

Dabei steht die Konvertierbarkeit des Pfundes natürlich im Mittelpunkt des Interesses. Nach Ansicht Londons käme sie aber erst am Ende einer Reihe erfolgreicher Maßnahmen zur Förderung des internationalen Handels- und Zahlungsverkehrs und wäre auch mit den OEEC.-Ländern abzustimmen. Wie könnte sonst ein freies Pfund unter den bestehenden OEEC.-Vereinbarungen Bestand haben? Vorher will man daher ein einwandfrei arbeitendes multilaterales Handels- und Zahlungssystem in Betrieb sehen und die Bedingungen für eine langfristige Ausweitung von Welterzeugung und -handel legen. Dazu gehören vom britischen Standpunkt insbesondere die wirtschaftliche Stärkung der Sterling-Länder, eine expansive Handelspolitik in den USA. und ausreichende finanzielle Rückenbedeckung für das Pfund, die unter den obwaltenden Umständen nur vom amerikanischen Schatzamt, möglichst unter Einschaltung der

Schatzkanzler Butler hat diese englischen Ideen in dem Schlagwort „Handel, nicht Hilfe!“ zusammengefaßt. Seine Politik beinhaltet amerikanische Handels-tariffermäßigungen als Gegenleistung für europäische Liberalisierungsmaßnahmen, internationale Rohstoffabkommen zur Vermeidung übermäßiger Handelsbilanzschwankungen in Überseegebieten, finanzielle Hilfestellung für einen Abbau der britischen Währungskontrollen und Freisetzung von englischen Industriekapazitäten für produktive Zwecke durch Verstärkung der amerikanischen Beteiligung am NATO.-Rüstungsprogramm. Diese Vorschläge decken sich mit den Vorstellungen in anderen westeuropäischen Staaten, die sich in ähnlicher Lage wie Großbritannien befinden, wie man auch in London volles Verständnis für die politischen und wirtschaftlichen Vorstellungen in Kontinentaleuropa



VEREINSBANK IN HAMBURG

AUSSENHANDELSBANK

ZENTRALE: HAMBURG 11, ALTER WALL 20-30, TELEFON 34 10 15
TELEGR.-ADR.: VEREINSBANK, FERNSCHREIBER: 021:1203 UND 021:1461



DEUTSCHES BUNDES-ADRESSBUCH

*Sofort
lieferbar!*

der gewerblichen Wirtschaft

Das umfassende Standardwerk für gebietsweise Bearbeitungen im Einkauf, Verkauf und Werbung • Die Adressen jedes Ortes sind nach Branchen gegliedert, die Orte zu Landesabschnitten zusammengefaßt.

DEUTSCHER ADRESSBUCH-VERLAG FÜR WIRTSCHAFT UND VERKEHR GMBH • DARMSTADT

hat. Das amerikanische Verlangen nach Abbau der Währungsbewirtschaftung im Sterling-Gebiet beschwört aber die Gefahr eines Konflikts mit den andern OEEC.-Ländern herauf, insofern als freie Konvertierbarkeit des Pfundes dieser Währung den Charakter eines Hilfsdollars geben würde. Wenn das Pfund frei konvertierbar wäre, könnten andere OEEC.-Länder ihre Sterlingerlöse zu Dollarkäufen benutzen, was die Nachfrage nach Sterlingwaren vermutlich beeinträchtigen und zu bri-

tischen Einfuhrbeschränkungen zu Ungunsten westeuropäischer Länder zwingen würde. Aus diesem Dilemma einen Ausweg zu finden, ist im Interesse aller europäischen Länder, die ihre Handelsbeziehungen mit England und dem britischen Commonwealth pflegen wollen. Auf englischer Seite möchte man eine Überraschung der kontinentalen Länder, wie sie bei der Pfundabwertung 1949 zu verzeichnen war, bei einem künftigen Abbau der Währungsbeschränkungen unbedingt vermeiden. (A.)

halb dürften Androhungen einer Abstopfung der Hilfsleistungen, wenn die Integration Westeuropas nicht schnell genug vorankommen oder die europäische Verteidigungsgemeinschaft nicht im erwünschten Tempo zustandekommen sollte, kaum ernst zu nehmen sein.

Die amerikanische Abhängigkeit von seinen Verbündeten ist eine Folge der Macht und des aggressiven Verhaltens des Sowjetblocks. Deshalb mußte auch Foster Dulles zu einer Isolationspolitik zurückkehren. Der amerikanische Gulliver ist in einem Fadennetz eingesponnen, durch das ihm seine kleineren und schwächeren Verbündeten die Handlungsfreiheit rauben.

Wie dem auch sei, der europäische Hühnerstall ist durch die (scheinbare) Änderung der amerikanischen Politik aufgeschreckt worden. Die vollständige politische, militärische und wirtschaftliche Integration Europas schien kurz vor ihrer Vollendung zu stehen. Die Amerikaner jedoch zeigten sich auf einen solchen umfassenden Zusammenschluß nicht, oder nicht in erster Linie, erpicht. Westeuropa soll sich natürlich verteidigen können, und aus diesem Grunde verlangten die Amerikaner zunächst die Herstellung einer europäischen Armee. Deshalb mußte auch Foster Dulles nach Europa reisen, damit er uns klarmachen sollte, daß sein Chef es nur mit der europäischen Armee eilig hat. Die geringere Eile der Amerikaner hinsichtlich des wirtschaftlichen europäischen Zusammenschlusses läßt sich naturgemäß aus wirtschaftlichen amerikanischen Interessen erklären.

Was zeigte sich jedoch? Frankreich versteht unter „Europa“ noch immer nur eine europäische Allianz

Niederlande: „Gullivers Knüppel“

Den Haag, den 14. 3. 53

Unmittelbar nach dem zweiten Weltkrieg herrschte in den USA eine pro-russische Stimmung, und wer kurz nach dem Kriege in Deutschland war, hat Auswirkungen dieser Stimmung beobachten können. Diese Politik hatte zur Folge, daß die Amerikaner in aller Gemütsruhe abrüsteten und lange Zeit brauchten, um aus ihrem Freundschaftstraum mit den Russen zu erwachen. Von der republikanischen Partei erwartet man nun eine festere Haltung den Russen gegenüber, aber dabei ist zu bedenken, daß die Trumanregierung bereits damit angefangen hatte: Man denke an die Griechenland-Politik, die geistige und materielle Aufrüstung Westeuropas, die Luftbrücke nach Berlin, Formosa, Südkorea usw. Als Truman sich entschloß, der roten Flutwelle Widerstand zu leisten, stand sein Volk noch unter dem Bann falscher Vorstellungen über „good old Joe“ sowie über Westeuropa. Trotzdem konnte Truman unter Aufgebot aller Propaganda und sonstiger psychologischer Mittel seine Politik anfangen und damit

die Politik seiner Nachfolger vorbereiten. Die Ablehnung der „Appeasement-Politik“ ist also keine Eisenhower'sche Erfindung, sie wurde schon von Truman eingeleitet.

Daneben aber verkündete Truman, trotz Aufrüstung, seinen unerschütterlichen Friedenswillen, und gerade das hat es ermöglicht, die Freie Welt zu einer Front zusammen zu schweißen. Zur Erhaltung dieser Front der westeuropäischen Verbündeten wird es aber notwendig sein, den Glauben an diesen amerikanischen Friedenswillen aufrechtzuerhalten und darüber hinaus nicht aus den Augen zu verlieren, daß diesen Verbündeten keine zu schweren Lasten auferlegt werden dürfen.

Amerika ist nicht mehr imstande „to go it alone“. Es ist auf die Mitarbeit anderer Völker angewiesen. Damit hat auch die Politik der amerikanischen Hilfsleistungen ein anderes Gesicht bekommen, oder besser, ist das wahre Gesicht dieser Unterstützungspolitik deutlicher erkennbar geworden. Es besteht nun einmal eine Schicksalsgemeinschaft der Freien Welt. Des-

unter französischer Führung; für Großbritannien soll diese Allianz es ermöglichen, sich nach wie vor und in Ruhe den Interessen des Commonwealth zu widmen; für die Bundesrepublik Deutschland hat „Europa“ weder Sinn noch Zweck, solange die Russen in Berlin stehen.

Hierzulande ist man natürlich mit der Zielsetzung einer freien, demokratischen Welt einverstanden. Aber, wo möglich, versucht man doch eine gewisse Selbständigkeit wiederzugewinnen. Die Fortsetzung der amerikanischen Hilfe wurde dankend abgelehnt. Auch die Bestrebungen der niederländischen Regierung hinsichtlich der politischen und wirtschaftlichen Integration Europas, wie sie u. a. in Rom zum Ausdruck kamen, sowie ihre Beneluxbestrebungen dürften im Lichte einer „Verselbständigung“ gegenüber den USA. zu betrachten sein. Mit ihrer traditionellen nüchternen Sachlichkeit, die in politics allerdings nicht immer schnell wirkt, sehen sich die Niederländer das politische Spiel und das Tauziehen der Großen an. Auch der niederländische Europaidealismus ist nüchtern und sachlich. Die heutige Verwirrung bedeutet — so glaubt man hier — keine Gefährdung der europäischen Zusammenarbeit als solcher. Es erscheint lediglich schwierig, in Europa zu einer europäischen Allianz zu kommen. Und daran dürften nach hiesiger Ansicht weder die Eisenhower'sche Europapolitik (die ursprünglich keine Eisenhower'sche ist) noch wahrscheinlich unrealisierbare Androhungen etwas zu ändern vermögen. (e-)

Realitäten und Spekulationen

Noch acht Jahre nach dem katastrophalen Ende des Krieges, das Millionen Deutscher ihrer Heimat beraubte, hält der westwärts gerichtete Strom deutscher Flüchtlinge an. Trotz allen Verständnisses für die bedrückte Lage unserer ostzonalen Mitbürger dürfen wir die Augen nicht vor der Gefahr verschließen, die in einer anhaltenden Entvölkerung der deutschen Ostgebiete liegt. Es ist schwer für uns, heute diesen Flüchtlingsstrom aufzuhalten, weil es hart wäre, einem deutschen Mitbürger das Asylrecht zu verweigern. Für die Flüchtlingsbehörden dürfte es nahezu unmöglich sein, zu entscheiden, ob der Entschluß zur Aufgabe der Heimat aus echter, zwingender Notwendigkeit entstanden ist oder die Folge einer etwas leichtfertigen Propaganda vom bequemen Leben im Westen ist.

So wie die Zonenteilung eine interalliierte Angelegenheit war, so ist es eine ausgesprochen interalliierte Aufgabe, darüber zu wachen, daß die Lebensverhältnisse in der Ostzone nicht zu einer Massenflucht der darin ansässigen Menschen führen. Die Aufgabe der Alliierten darf sich nicht darin erschöpfen, für einen schnellen Abtransport der Flüchtlinge aus Westberlin Sorge zu tragen. Wenn auch die Asienpolitik den Alliierten gegenwärtig mehr am Herzen zu liegen scheint, so werden sich die Versäumnisse in Europa einmal schwer rächen, denn das europäische Wirtschaftspotential wird im Ausgleich der Kräfte das entscheidende Übergewicht haben. Es muß für uns Deutsche geradezu grotesk wirken, wenn in Straßburg der einstimmige Beschluß gefaßt wird, daß auch die Ostzone in ein Vereintes Europa einbezogen werden soll, während von alliierter Seite auch nicht das geringste getan wird, die Wiedervereinigung herbeizuführen und man einer solchen Möglichkeit fast mit Furcht entgegenzusehen scheint. Daß die Ostzone zu Europa gehört, ist selbstverständlich und bedarf keines Beschlusses.

Die Eingliederung der Ostzone in Europa und die Schaffung europäischer Lebensverhältnisse in ihr muß zu einer Prestigefrage der Alliierten werden. Wilde Spekulationen, wie sie in der Westpresse beim Tode Stalins auftraten, bringen die Lösung dieser Frage keinen Schritt näher. Die seit Jahrzehnten auftretenden Fehlprognosen über die Rußland- und Sowjetpolitik dürften eher einem Wunschbild unserer sogenannten Rußlandexperten als einer realen Betrachtung der Gegebenheiten erwachsen. Das rasche und konsequente Handeln der sowjetischen Führungsschicht nach dem Tode des Diktators ist ein Zeichen dafür, daß sich kein Kampf um das Fell des Löwen abgespielt hat, sondern daß es sich um eine vorbereitete und eine wohl durchdachte Nachfolge handelt. Schon seit Jahren dürfte in der Sowjetunion mehr das System als der Diktator geherrscht haben. Auch das System hat Persönlichkeiten nötig, wenn es auch nicht mehr unbedingt den Mythos des Genies braucht. Ein typisches Zeichen für diesen Ablauf ist die Konzentrierung der Macht, wie sie sich in der Neubildung des Führungsstabes zeigt, und die klare Teilung der Kompetenzen. Das System hat eine Konsolidierung nötig. Der Befestigung der inneren Macht wird eine Konsolidierung der Außenpolitik folgen. Molotow ist ein Außenpolitiker von Format, der wohl in der Lage sein könnte, eine außenpolitische Konsolidierung ohne Prestigeverlust durchzuführen. Die Außenpolitiker des Westens werden sich damit abfinden müssen, nicht billig etwas aus dem Tode Stalins profitieren zu können. Vielleicht können sie aber, besonders hinsichtlich der Europapolitik, eine Position in dem sowjetischen Bestreben nach Konsolidierung gewinnen. (sk)

Ist eine Devisendiskontbank erforderlich?

Funktionen einer Devisendiskontbank

Nur mit wenigen Ländern wickelt sich der deutsche Handels- und Zahlungsverkehr auf der Basis freier Dollars ab, zum größten Teil beruht unser Außenhandel noch auf dem Prinzip des ausgeglichenen Imports und Exports mit dem ganzen Instrumentarium der Warenlisten und Einzelschriften im Waren- und Zahlungsverkehr. Die-

ses System zwingt, vor allem bei Erreichung der Swing-Grenze, dem deutschen Export ständige Richtungsänderungen auf („Markt-Hüpfen“) und verhindert so eine kontinuierliche Marktpflege, wie es Produktion, Exporthandel und Zahlungs-Institute auch vor ständig neue Verhältnisse stellt. Kein Kontroll-Apparat hat sich als groß ge-

nug und praktisch genug erwiesen, um die schnell veränderten Saldenstände à jour erfassen zu können, so daß verfrühte Zurückhaltungen eigener Lieferungen mit verspäteten Zurückhaltungen wechseln, die der deutschen Exportwirtschaft entweder Auftragsverluste zufügen oder sie zu Kapitalexporten zwingen. Da der Transfer und die Konvertierung von Exporterlösen davon abhängen,